

Michail Gorbatschow:  
Erinnerungen.  
Aus dem Russischen von  
Igor Petrowitsch Gorodetzki,  
Wolf Jobst Siedler  
Verlag GmbH Berlin 1995,  
1216 S. (78,00 DM)

Acht Jahre nach »Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt« hat sich Gorbatschow, nunmehr pensionierter Schriftsteller, wieder gemeldet – über den konservativen Siedler-Verlag. Denn die Linken haben fast ausschließlich das Interesse an ihrem einstigen Hoffnungsträger verloren, der so revolutionär Reformen begann und so bitter für ihn wie nicht wenige Linke mit seinem ganzen Gesellschafts- und Blocksystem scheiterte.

Offenbar war seine Hoffnung als KPdSU-Generalsekretär zu hoch, daß »generell ... ein Vorzug des Sozialismus in seiner Fähigkeit (bestehe,) zu lernen«. Denn 1987 erwartete er vom Sozialismus und wohl auch von sich selbst, daß diese Gesellschaft es vermöge, »Probleme lösen zu lernen, die das Leben aufwirft; Krisensituationen verhindern zu lernen, die unser Gegner zu schaffen und auszunutzen versucht; den Versuchen entgegenwirken zu lernen, die sozialistische Welt zu spalten, die Länder gegeneinander auszuspielen.«<sup>1</sup> Nicht nur der erste Mann im Kremel war überfordert.

Gorbatschow geht zunächst als Abwickler des Realsozialismus und gescheiterter Reformers in die Geschichte ein. Verständlich, daß er sich heute verpflichtet fühlt, einen »Rechenschaftsbericht« (S. 18). vorzulegen. Er vereint in diesem Buch nicht wenig Lob über seine Person und läßt gleichzeitig zu oft andere für sein politisches Scheitern entstehen. Neben vielen aufschlußreichen und wohlwollenden Politikerporträts zeichnet er das Bild der Sowjetunion der fünfziger bis achtziger Jahre und legt ausführlich sein Wirken in den letzten sieben Jahren der Sowjetunion dar.

Eine Parallele drängt sich auf. Lenin war es nach der Oktoberrevolution vergönnt, noch knapp sieben Jahre zu leben und fünf an der Spitze des neuen Staates aktiv gestaltend zu wirken. Er versuchte, in Rußland eine sozialistische Revolution auf den Weg zu bringen, in

einem Land mit unreifen Verhältnissen und das von der internationalen Arbeiterbewegung alleine gelassen worden war. Gorbatschow versuchte in seinen gut sieben Jahren an der Spitze von KPdSU und Staat zum letzten Mal, den praktizierten »Sozialismus« wieder in Einklang mit den einstigen Idealen zu bringen. Mit dem Scheitern seiner Reform erstand als Staat erneut das alte, nun gezauste, aber noch nuklear armierte Rußland.

Gorbatschow war Hoffnungsträger für ein letztes Aufbegehren des Realsozialismus, vielleicht mit einer geringen Chance (die wohl schon 1968 vertan war). Insofern hätte der alte Hegel in ihm vielleicht den »Zeitgeist« nicht »zu Pferde«, wohl aber im »SIL« erkannt, der versuchte, eine historische Aufgabe zu vollenden – und schließlich sein System zu den Errungenschaften der Moderne zurückbrachte. Sie waren in einer Sackgasse dem sowjetischen Modell verwehrt worden: Demokratie, individuelle Freiheiten und effiziente, marktwirtschaftliche Ökonomie. Allerdings, all das bleibt heute in den Ansätzen stecken, läßt den nunmehrigen GUS-Staaten nur den Abglanz des zivilisatorischen Standes der westlichen Metropolen. Dafür finden sich hier aber auch alle Schattenseiten eines »Frühkapitalismus«.

In Gorbatschows Biographie wird deutlich, daß er ein Kind der Strukturen und des Denkens seiner Gesellschaft war und ist, daß er »selber ... diesem Milieu (entstammte) und ... unter denselben Defiziten (litt)« und leidet (S. 274). Er konnte zunächst nur in den Grenzen dieser Gesellschaft denken und nach Alternativen suchen. Mit seiner Einsicht in notwendige radikale Reformen der Wirtschaft, des Denkens und der Politik durchbrach er – ebenso wie mit seinem Begreifen der Interdependenz der Welt und dem überlebensnotwendigen »Neuen Denken« – diese Grenzen.

Eine kritische Analyse seiner Arbeit, seines Umfeldes und seiner Gesellschaft ließ den jungen 1. Gebietssekretär und dann Politbüro-Mitglied begreifen, daß die Sowjetunion unter Breshnew in der Agonie lag. Verständlich, daß er sich heute vehement gegen Stalinismus und Breshnewismus wendet, gerade weil er berechtigt den konservativ-fundamentalistischen Versuch erkennt, jene Gesellschaft zu rehabilitieren und so die Reformer für die

heutige Gesellschaftskrise alleinverantwortlich zu machen (S. 215).

Gorbatschow versuchte, die verkrusteten Strukturen aufzubrechen; aber die Perestrojka war letztlich ein Windmühlkampf, und es bewahrheitete sich die Prophezeiung: »Der Apparat hat schon Chruschtschow das Genick gebrochen. Das wird auch jetzt geschehen« (S. 289). Es blieb trotz aller Demokratieansätze doch eine »Revolution von oben«, in der Gorbatschow die Macht wieder in die Hände der Räte zurücklegen wollte. Aber die Geschwindigkeit des Machtverfalls des alten Systems, daß er ja gleichzeitig auch noch verkörperte, ging nicht einher mit dem des Aufbaus einer neuen Gesellschaft. Das, was so gerne mit Zivilgesellschaft umschrieben wird, entstand nur zögerlich, und die neuen Organisationen, die sich herausbildenden Fraktionen innerhalb der KP und schließlich die neuen Parteien zeichneten sich vor allem durch zentrifugale Kraftentwicklung aus. Nur sarkastisch kann Gorbatschow ein Unterkapitel titeln: »Die Vorhut wird zur Nachhut« (S. 419), weil auf einmal seine KP selbst zum vehementen Verfechter des Bestehenden wurde. Nur, er war der Generalsekretär dieser Partei bis zu ihrer Auflösung durch Jelzin nach dem August-Putsch 1991. Deutlich wird, daß er sich in dieser Rolle angesichts des Widerstands bei den eigenen Funktionären immer ungerner sah, ohne bereit gewesen zu sein, hier einen Schlußstrich zu ziehen.

Trotzdem ist seine historische Leistung der letzte Reformversuch des Realsozialismus, der aber inkonsequent blieb, an den falschen Stellen begann, kein Konzept für die notwendige Stabilität des Reformprozesses hatte. Auch das fällt bei der Lektüre auf: Die aus meiner Sicht wohl entscheidenden Schwachpunkte der Perestrojka bleiben bei Gorbatschow auch heute noch in der Rückschau merkwürdig blaß und farblos. Zum ersten die erwähnte Unfähigkeit, tatsächlich an der Geburt einer für sozialistische Ideale wirkenden Zivilgesellschaft oder doch zumindest wesentlicher Elemente mitzuwirken, einschließlich eines notwendigen Wandels der KP selbst. Zweitens die Entwicklung eines geschlossenen, realisierbaren Konzepts der Wirtschaftsreform mit Zwischenschritten, sozialen Absicherungen und dem notwendi-

gen Maß an Verbindlichkeit. Es schwingt bei Gorbatschow offenbar immer noch ein gehöriges Erstaunen über die Reaktionen der Arbeiterklasse mit, wenn er sich an die Bergarbeiterstreiks von 1989 erinnert. Er reklamiert für sich, daß »ihr Protest erst aufgrund der von oben eingeleiteten Veränderungen möglich wurde«. Aber: »Ihr Schlag richtete sich auch gegen die Reformer selbst« (S. 446). Drittens schließlich ist er bis heute unsicher und begreift nicht die explosive Wirkung des Nationalismus als Ausdruck wirtschaftlicher Spannungen, mangelnder kultureller Autonomie, großrussischer Vorherrschaft und Antwort auf jahrzehntelange Unterdrückung. Viertens legt er überzeugend seine großen Anstrengungen zum Verwirklichen des Neuen Denkens und zum Bannen der Kriegsgefahr dar. Hier gelang es ihm, die Politiker des anderen Blocksystems (zeitweilig) zu überzeugen und zunächst den Abbau der Waffenberge einzuleiten.

Im eigenen Lager blieb dagegen die Perestrojka ein Alleingang, dem die Unterstützung verwehrt wurde. Die Ostblockländer scheiterten 1989, und ihr Fall war der letzte Anstoß auch zum staatlichen Zusammenbruch der Sowjetunion. Mehr hätte der Leser gerne über die Versuche Gorbatschows gehört, doch noch Veränderungen in Osteuropa zu bewirken. Was steckt hinter der im Zusammenhang mit dem Herbst '89 in der DDR gebrauchten Formulierung »Ich müßte lügen, wollte ich behaupten, daß wir die Hände in den Schoß gelegt hätten« (S. 711). Damit bleibt auch die Frage offen, was und wie er neue Bündnisse und Freundschaften, so mit Kanzler Kohl, geschmiedet hat, und welchen Preis er dafür zahlen ließ.

Gorbatschow ist ein Optimist, ein Träumer geblieben, der trotz der Trümmer seines Reformprojekts unverdrossen an ihm festhält und auf einen Rückruf wartet. Er bleibt mit seinem heutigen Bekenntnis zur »sozialistischen Idee« (S. 994) noch vager als in Zeiten seiner Macht. Das wird wohl kaum vom russischen Wähler und von anderen Linken, deren Zusammenwirken er will, honoriert werden.

Je nach Standort des Lesers ist Gorbatschow Vollender oder Zerstörer des Realsozialismus. Ein Erneuerer und Neubegründer

zu werden, das blieb ihm und jenen, die auf ihn setzten, versagt. So wie Lenin 1917 mit seiner Vision und Revolution dem Jahrhundert ein Gepräge geben sollte, so hat Gorbatschow offenkundig gegen seinen Willen dieses kurze Jahrhundert mit einer gescheiterten Reform beendet. Allerdings gebührt ihm das Verdienst, die große Blockkonfrontation mit ihrer zivilisations-tötenden Nuklearlogik zu entschärfen. Dank Lenin und Gorbatschow ist die Welt um eine Erfahrung reicher und eine Hoffnung ärmer geworden.

STEFAN BOLLINGER

1 Michail Gorbatschow: Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt, Berlin 1987, S. 209.

Jaques Donzelot, Denis Meuret,  
Peter Miller, Nikolas Rose:  
Zur Genealogie der Regulation.  
Anschlüsse an Michel Foucault,  
edition bronski Mainz 1994,  
164 S. (22,80 DM)

Der französische Philosoph Michel Foucault (1926 – 1984), einer der bedeutendsten Denker unseres Jahrhunderts, hinterließ nicht nur ein umfangreiches und originelles Werk, dessen umfassende Erschließung in Deutschland erst am Anfang steht, er hinterließ auch Schüler und Nachfolger, die sein Werk fortsetzen. Bei der hier vorliegenden Textsammlung handelt es sich um Arbeiten, die im Geiste Foucaults geschrieben sind, seine Theorie also weiterführen. Zugleich schärfen sie aber auch den Blick für den Denkansatz des Meisters selbst, indem sie seinen methodischen Ansatz praktizieren.

In seiner letzten Schaffensphase beschäftigte sich Foucault vor allem mit Fragen der sogenannten politischen Philosophie. Insbesondere galt seine Aufmerksamkeit den Phänomenen moderner Machtausübung und der Regierung. Die Autoren der Aufsatzsammlung knüpfen hier an und untersuchen in ihren Arbeiten zentrale Probleme der Regierbarkeit moderner Gesellschaften vor allem hinsichtlich ihrer Genesis und theoretischen Erklärung. Der Titel der Sammlung verweist auf Nietzsche (Genealogie der Moral), einen der geistigen Väter Foucaults. Darüber hinaus

verfolgen die Autoren aber die Absicht, die innere Beziehung zwischen der Analyse des »Regierungsdenkens« Foucaults und der ökonomischen »Theorie der Regulation« aufzuzeigen.

Im Zentrum der Foucaultschen Analyse des Regierungsdenkens steht die Frage, wie eine spezifische »politische Rationalität« zustandekommt, die den modernen Staat befähigt, »den Kapitalismus zu bändigen, die Bevölkerung zu regulieren und die Individuen zu regieren« (S. 8). Die Regulationstheorie dagegen untersucht, »wie eine Gesellschaft zusammengehalten wird, die aufgrund ihres ökonomischen Reproduktionsmechanismus strukturell von bestandsbedrohenden Krisen und Desintegrationsprozessen bedroht ist« (S. 7). Letztlich drehen sich beide Ansätze um ein und dasselbe Problem, nämlich um die Frage: Was ist Kapitalismus? Und wie ist es möglich, daß der Kapitalismus als regulierte Gesellschaft existiert und sich entwickelt?

Im Vorwort ist dazu zu lesen, daß die Antworten, die auf diese Frage gegeben werden, im Kern institutionalistisch seien und als solche »der Realität eines hochorganisierten, vermachteten und staatsinterventionistisch regulierten Kapitalismus sehr viel besser gerecht werden als neoklassische oder traditionell keynesianische Ansätze« (S. 8). Dem ist zuzustimmen. Trotzdem aber können die vorliegenden Texte nur als eine erste Annäherung an das Problem gewertet werden. Keinesfalls aber schon als dessen Lösung.

Der erste Aufsatz ist der Genealogie der Politischen Ökonomie gewidmet. Sein Verfasser, Denis Meuret, betont, daß es sich hierbei um eine politische Genealogie handelt, das heißt, die Gründe für das Entstehen der Politischen Ökonomie werden »im politischen Feld« gesehen. Nun entstand die Politische Ökonomie im 18. Jahrhundert im Kontext und im Widerstreit mit einer ganzen Reihe anderer theoretischer Ansätze. Daß gerade sie es war, die sich durchsetzte, führt der Verfasser auf den Umstand zurück, daß sie es besser als andere politische und ökonomische Diskurse vermochte, einen politischen Rahmen zu konstruieren, in dem drei Kräfte koexistierend Platz fanden, der Staat, der Kapitalismus und die sozial Schwachen. Und dies gilt bis heute, wo die Politische Ökonomie den modernen

Regierungsdiskurs begründet und einen Konsens zwischen Staat, Kapitalismus und Öffentlichkeit definiert.

Seit dem 16. Jahrhundert war der Staat – F. Braudel zufolge – abwechselnd Unterstützung oder Hemmnis des Kapitalismus. Erst im Werk von Adam Smith wird dieses Verhältnis positiv »geklärt«. Smith verdrängte faktisch alle anderen politischen wie ökonomischen Denkrichtungen. Dies war ihm möglich, weil seine Theorie den praktischen Erfordernissen der Zeit am besten entsprach. Meuret begründet dies mit der These, daß es einen »Zusammenhang zwischen der Relevanz einer Repräsentation und ihrer Kongruenz mit dem politischen System ihrer Zeit gibt« (S. 23).

Exemplarisch führt er dies in bezug auf den Handel aus, wobei es besser gewesen wäre, hier auch auf die Manufaktur einzugehen, deren großer Verfechter Adam Smith, ganz im Gegensatz zu vielen seiner Zeitgenossen, war. Hervorzuheben ist, daß Meuret für seine Argumentation das Gesamtwerk von Smith heranzieht und nicht nur, wie sonst sehr verbreitet, den »Wohlstand der Nationen«. Dadurch gelingt es ihm auch, die Rolle des Staates sehr umfassend und modern zu beschreiben. Auf jeden Fall befindet sich »sein« Smith »weit entfernt von jedem liberalen Dogmatismus« (S. 45).

Der zweite Text, überschrieben mit »Das ökonomische Leben regieren«, beschäftigt sich mit bestimmten Aspekten der Analyse der politischen Machtausübung in modernen liberal-demokratischen Gesellschaften. Den Ausgangspunkt hierfür bildet Foucaults Begriff der »Regierungsmentalität«. Es wird die Vielfalt regelnder Mechanismen untersucht, die das Regieren wirksam zu machen suchen. Insbesondere geht es um indirekte Mechanismen, die das Verhalten von Individuen und Organisationen auf politische Ziele hin durch ein »Handeln auf Distanz« bündeln. Ausführlich beschreiben die Autoren die Mechanismen und Technologien des Regierens. Regieren ist in ihrem Verständnis nicht nur eine Sache der Repräsentation, sondern vor allem auch der Intervention (S. 66). Um dies zu demonstrieren, verweisen die Autoren auch auf viele »unscheinbare und alltägliche Mechanismen«: Techniken der Aufzeichnung,

Berechnung und Planung etwa u.a.m. In diesem Zusammenhang wird der Sprache eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet. »Vokabulare und Theorien«, so die Verfasser, »sind wichtig ... als intellektuelle Techniken, als Weisen, das Dasein denkbar und praktizierbar zu machen...« (S. 103).

Der dritte Beitrag ist dem sich verändernden Verhältnis von Souveränität und Verantwortlichkeit im Wohlfahrtsstaat gewidmet. Auch dieser Beitrag hat die Ökonomie zum Gegenstand, aber ebenso wie die anderen Beiträge auch, nicht aus der Sicht der theoretischen Ökonomie, sondern aus einer anderen Perspektive. Hier sind es rechtliche und sozialpolitische Gesichtspunkte, die den Blick bestimmen. Entscheidend ist für den Autor neben Foucaults Theorie die Position Durkheims von der »Nichtrückführbarkeit sozialer Phänomene sowohl auf psychologische Motive des Individuums als auch auf die Träume des reinen politischen Willens« (S. 114). Neoliberalen Grundüberzeugungen wird damit eine klare Absage erteilt. Der Autor vertritt die Meinung, daß die sogenannte »soziale Frage« im modernen Regierungsdenken einen festen Platz hat. Der Staat sieht seine Aufgabe darin, den »Antagonismus zwischen Kapital und Arbeit« zu entschärfen, auszugleichen, was sich bereits im Arbeitsrecht des 19. Jahrhunderts dokumentiert, deutlicher aber noch im Solidaritätskonzept und Korporatismus des modernen Wohlfahrtsstaats. Ein bedeutender Name in diesem Zusammenhang ist J. M. Keynes. Seine Theorie ermöglichte es, »ein Band zwischen dem Ökonomischen und dem Sozialen zu schmieden, das grundsätzlich keine Unterordnung des einen unter das andere zur Folge hat...« (S. 150). Keynes ermöglichte nach den Krisen der dreißiger Jahre wieder die »Regierbarkeit der Gesellschaft«, und das durch deren »Regulation«. Etwas offen bleibt in diesem Text die Frage, inwieweit sich dieses Muster keynesianischer Regulation bis heute erhalten hat, nach der neomonetaristischen Wende in den achtziger Jahren?

Alle drei Texte sind interessant, originell und keinesfalls langweilig. Sie sind aber auch theoretisch sehr anspruchsvoll und sprachlich mitunter recht kompliziert. Es mag der Übersetzung geschuldet sein, aber einige Pas-

sagen hätte man sich einfacher und weniger »konstruiert« gewünscht.

ULRICH BUSCH

Werner Fricke (Hrsg.):  
Zukunft des Sozialstaats.  
Jahrbuch Arbeit und Technik 1995,  
J.H.W. Dietz Bonn 1995,  
381 S. (35,00 DM)

Das diesjährige Jahrbuch Arbeit und Technik widmet sich einem besonders umstrittenen und schwierigen Thema – der Zukunft des Sozialstaats. Es wird eine Fülle von Themen von vielen bekannten Autoren geboten. Es schreiben neben Rainer Lepsius, Wolfgang Zapf, Claus Offe, Helmar Krupp, Meinhard Miegel und vielen anderen auch sozialdemokratische Politiker und Politikerinnen wie Rudolf Scharping, Rudolf Dreßler und Regine Hildebrand. Der Band ist in fünf Teile gegliedert: Der erste Teil ist der gegenwärtigen Diskussion zur Situation des Sozialstaates in Deutschland gewidmet. Der zweite Teil hat die Zukunft des Sozialstaates direkt zum Thema. Der dritte Teil beschäftigt sich mit einzelnen Gestaltungsfeldern der Sozialpolitik. Im vierten Teil geht es um die europäische Sozialpolitik. In einem fünften Teil werden Probleme und Perspektiven des Sozialstaats in anderen Ländern aufgeführt. Schließlich gibt es noch Literaturbesprechungen.

Zwar erhält der Leser einen breiten Überblick über die aktuelle sozialpolitische Diskussion vor allem aus sozialdemokratischer Sicht; die Fülle von Themen hat aber auch einen wesentlichen Nachteil: Vertiefung findet nicht statt, Beziehungen und Repliken zwischen den Beiträgen gibt es nicht. So bleibt doch vieles an der Oberfläche. Unbestritten ist: Die Autorenschaft bietet (trotz des eingengten Spektrums) eine unterschiedliche Sichtweise auf die heutigen Probleme des Sozialstaats. Obwohl die »Krise des Sozialstaats« und notwendige Reformen nicht bestritten werden, gehen die Auffassungen über die Ursachen der Krise schon auseinander. Meinhard Miegel arbeitet vor allem den demographischen Wandel heraus und befürwortet die Umstellung der Rentenversicherung auf eine

für alle gleiche steuerfinanzierte Grundsicherung. Friedrich Hengsbach (Professor an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen in Frankfurt/M.) sieht in der Nicht-Ausschöpfung menschlichen Produktivvermögens durch die anhaltende und steigende Dauerarbeitslosigkeit, die sexistische Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern sowie die Erosion solidarischen Verhaltens durch Überbewertung individueller Leistungskonkurrenz Ursachen für die gegenwärtige Krise des Sozialstaats. Er weist berechtigt die vordergründige und von Regierung und Unternehmerverbänden propagierte angebliche »Standortschwäche der deutschen Wirtschaft« zurück, mit der Sozialabbau begründet werden soll. Soziale Sicherung sei selbst ein Standortfaktor, so Hengsbach (S. 55). Handlungsbedarf, um »soziale Sicherung bruchfest zu machen« sieht er »in dem konzentrierten politischen Willen, einen hohen Beschäftigungsgrad wiederzugewinnen«, in der »radikalen Gleichstellung der Männer und Frauen bei der kollektiven Absicherung des Erziehungsrisikos« sowie »in der gesellschaftlichen Aufwertung der Kooperation und solidarischen Strukturen« (S. 55/56).

Claus Offe stellt drei Sichtweisen vor, aus denen die Sozialstaatskrise und der Umbaubedarf in der deutschen Diskussion diagnostiziert werden. Die erste operiert mit »veränderten Rahmenbedingungen«, denen sich das hergebrachte deutsche System anpassen müsse. Die zweite benennt innere institutionelle Defizite, die das System der sozialen Sicherung für veränderte Rahmenbedingungen so verletzlich machen. Hier verweist Offe darauf, daß die Leistungsstruktur der Sozialversicherungssysteme so aussieht, daß »unten« die zuverlässige Prävention von Armut daran scheitert, daß »weiter oben« Ansprüche auf weit höhere als die nach plausiblen Standards »notwendigen« Leistungen gewährt werden. So würden »«Untersicherung« und »Übersicherung« gleichzeitig produziert (S. 36). Die dritte Sichtweise schließlich führt den aktuellen Reformbedarf auf die Fehlsteuerung von Gewohnheiten und Erwartungen zurück, die von der Sozialpolitik selbst generiert werden. Diesen differenzierten und nachvollziehbaren Analysen über die Defizite der Sozialleistungssysteme steht eine gewisse

Unterbelichtung möglicher Auswege entgegen. Erfolgreiche Sozialpolitik sei auf »kompetente und verantwortliche Sozialstaatsbürger« angewiesen; Kollektivakteure seien zwar notwendig, Sozialverbände hätten aber kein »soziales Gewissen«. Letzteres hätten nur Bürger. Richtig – aber was folgt daraus? Mehr Mitbestimmung und Einflußnahme der Bürger, eine wohlverstandene Individualisierung im kollektiv verfaßten Sicherungssystem oder individuelle Vorsorge bei gleichermaßen niedrigen Grundstandards?

Manfred Dettling (»Die Zeit«) prognostiziert einen »langsamen Niedergang der westlichen Gesellschaften«, der der Öffentlichkeit noch eine Weile verborgen bleiben könne. »Man wurschtelt sich ebenso weiter durch, zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, den sozialen Trägheiten der Besitzstände und der lauernden, aber noch latenten Angst der Mittelklasse vor dem Abstieg« (S. 104). SPD und Gewerkschaften hätten sich von einer einstmals auf Veränderung drängenden Kraft längst zu »Defensivspielern, zu Verteidigern des Status Quo gewandelt. In den Mühen der Abwehr reiben sie sich auf. Die reaktive Politik wird zum Grundmuster einer späten Epoche.« Dettling bietet zwei Beispiele an, wie man Dynamisierung der Wirtschaft und soziale Sicherheit zusammen realisieren könne: Bürgergeld und »das Leitbild einer sozialen und kompetitiven Gesellschaft«.

Die Beiträge der sozialdemokratischen Politiker sind weniger problemorientiert als die der Wissenschaftler. Rudolf Dreßler plädiert für die »Verankerung wettbewerblicher Elemente« in die sozialen Sicherungssysteme und führt als Beispiel die Gesundheitsstrukturreform von 1992 an, die allen Versicherten die Möglichkeit der freien Wahl der Krankenkasse einräumt und so »unter den einzelnen Krankenkassen einen intensiven Wettbewerb eröffnet« (S. 120). Nur wo bleibt dieser in der Praxis? Der Beitrag von Regine Hildebrandt enthält eine Reihe von wichtigen und bekannten Forderungen (z.B. Wertschöpfungsabgabe), bleibt aber im allgemeinen und schließt: »Gerechtigkeit, Solidarität, Fähigkeit zur Veränderung« hätten nach wie vor eine Zukunft (S. 187).

Das, was Claus Offe über die allgemeine Sozialstaatsdiskussion schreibt, trifft auch auf

den vorliegenden Band zu. »Worüber allenfalls Einigkeit besteht, das ist das Erfordernis eines fälligen ›Umbaus‹ des Sozialstaats. Ratlos sind die Protagonisten der Umbau-Diskussion insofern, als sich bisher keine paradigmatische Leitlinie der Reformdiskussion abzeichnet, die Aussichten hätte, zur Grundlage eines neuen sozialstaatlichen Konsenses zu werden« (S. 31).

HORST DIETZEL

Joachim Hirsch:  
Der nationale Wettbewerbsstaat.  
Staat, Demokratie und Politik  
im globalen Kapitalismus,  
Edition ID-Archiv  
Berlin – Amsterdam 1995,  
216 S. (28,00 DM)

›Konkurrenz belebt das Geschäft‹ – dieser einfältige Slogan aus der Gedankenwelt des marktgläubigen Kleinbürgers hat sich längst in eine massive Bedrohung für das Wohlergehen ganzer Regionen und Staaten gewendet. Im Kapitalismus – der Konkurrenzgesellschaft schlechthin – ist Konkurrenz in ihrer entfaltetsten Form als Weltmarktkonkurrenz offensichtlich zu einem kardinalen Problem geworden. Seitdem die Miniaturisierung und Standardisierung der Produkte, die Geschwindigkeit und Reichweite der Transportmittel und die Verfügbarkeit weltumspannender Kommunikationssysteme auch die letzten Konkurrenzschranken niedrigergerissen haben, befinden sich die Kapitalisten aller Herren Länder unmittelbar miteinander im Wettbewerb. Die Allgegenwart der Bedrohung und der Wunsch nach Schutz und Verteidigung hat das ökonomische und politische Denken und Handeln militarisiert. Das Vokabular militärpolitischer Traktate hat Einzug gehalten in die Sprache der Wirtschaftspolitik. Kein Zweifel, die gute alte kapitalistisch-bürgerliche Nation taugt – wenn sie überhaupt noch zu etwas taugt – am bestenfalls zur Mobilisierung aller Ressourcen für den Wettbewerb der Standorte – »die Mobilisierung der Bevölkerung für einen ›Wirtschaftskrieg‹, der dann am ehesten zu gewinnen ist, wenn sich die Nation selbst als kapitalistisches Unternehmen begreift« (S.

109) steht auf der Tagesordnung. Der beliebte Wohlfahrtsstaat mit seinem »Sozialklimbim« ist mega out, »fit for fun« heißt die Devise der durchtrainierten Belegschaften als Nationalmannschaften in den Weltmarktolympiaden der Wettbewerbsfähigkeit.

Die Verfaßtheit kapitalistischer Staatlichkeit ist offensichtlich zum zweiten Mal in diesem Jahrhundert dabei, sich grundlegend zu wandeln. Und Joachim Hirsch, dem wir bereits den »fordistischen Sicherheitsstaat« – als »Wohlfahrts«- und »bürokratischen Kontroll- und Überwachungsstaat« in einem – verdanken, hat nun auch diesen Umbruch im Charakter des kapitalistischen Staates treffend auf den Begriff gebracht und uns den »nationalen Wettbewerbsstaat« beschert.

Bevor sich nun Hirsch direkt diesem Phänomen und seinem zentralen Anliegen – der Zukunft der »Demokratie jenseits des Wettbewerbsstaates« – zuwendet, nimmt er über zwei Kapitel, die fast die Hälfte des gesamten Buches ausmachen, einen langen Anlauf.

Im ersten Kapitel versucht der Autor, das Konzept einer materialistischen Staatstheorie weiter zu entwickeln und vor allem zu zeigen, wie sich unter kapitalistischen Verhältnissen der systemimmanente Zusammenhang von Nationalstaat, Demokratie, Nationalismus und Rassismus zwar modifiziert, in seinen Grundzügen jedoch relativ stabil reproduziert. Die wesentliche Stabilität kapitalistischer Gesellschaften gerade aufgrund der Existenz einer Vielzahl sich zum Teil bekämpfender Institutionen, Organisationen und Gruppen verleiht diesen Gesellschaften nicht nur eine »ungeheure Dynamik« (S. 30). Sie stellt Bewegungen, die Demokratie jenseits kapitalistischer Strukturen erreichen wollen, vor die immense Schwierigkeit, daß sie »nicht nur mit der Gesamtheit der bestehenden Institutionen – von der Familie bis zum Staat – zusammenstoßen, sondern das gesamte Regulationssystem anzugreifen« (S. 31) gezwungen sind.

Nach einem umfangreichen Exkurs zum theoretischen und historischen Hintergrund der Regulationstheorie analysiert das zweite Kapitel auf dieser Grundlage folgerichtig die in der »Krise des Fordismus« und den Strategien zu ihrer Überwindung verorteten ökonomisch-politischen Ursachen und Inhalte

des aktuellen Globalisierungsschubs. Die rasch voranschreitende Internationalisierung des Kapitals ist demnach als Kernbestandteil der Durchsetzung eines neuen »post-fordistischen« Akkumulationsmodells zu verstehen. »Im Prinzip geht es darum, die Profitabilität des Kapitals durch eine strukturelle Senkung der Lohnkosten, durch die Einführung neuer Stoffe und Verfahrenstechniken und durch eine ebenso grundlegende Erhöhung von Laufzeit und Nutzungsintensität der immer kapitalintensiveren Produktionsanlagen wiederherzustellen. (...) Die Logik der neuen »post-fordistischen« Akkumulationsstrategie besteht also im Kern in einer Rationalisierung und Flexibilisierung durch Globalisierung.« (S. 89/90).

Im dritten Abschnitt – »Der nationale Wettbewerbsstaat« – werden dann auf breiter Front die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen dieser Globalisierung dargestellt. Die »neue Beweglichkeit des Kapitals« zeitigt auf all diesen Ebenen nachhaltige Wirkungen. Insbesondere aber verändert sie die Rollen von Staat und Politik. Die Regierungen und der Staat als Institutionengefüge werden unter das Diktat der Kapitalverwertung im Kontext einer vom Kapital unverblümt eingeforderten »Standortpolitik« geworfen. Nicht »weniger Staat«, sondern ein anderer Staat sind die Folge. Die staatliche Unterstützung und Förderung »produktiver Rahmenbedingungen« über Forschungsförderung, Steuervergünstigungen bis zum Sozialabbau rücken ins Zentrum der Politik. In diesem Moment der radikalen Eingriffe in das Gefüge der Reproduktionsbedingungen treten schließlich die Schwächen der liberalen Demokratie noch deutlicher hervor. Der »Funktionsverlust« der Parlamente findet darin seinen beredten Ausdruck, daß – scheinbar legitimiert durch den übermächtigen »Sachzwang Weltmarkt« – »Politik im Sinne von Gesellschaftsgestaltung, als Entscheidung über grundlegende gesellschaftliche Ziele und Entwicklungswege, in den Parlamenten praktisch überhaupt nicht mehr stattfindet« (S. 139). Dem entspricht einerseits die »allgemeine Depolitisierung und Demobilisierung der Bevölkerung« (S. 140) und andererseits die »Verwandlung der Parteien in mediale Kommunikationsapparate« (S. 141), die »allein noch als

Wahlmaschinen und als Vehikel der Ämterbesetzung« (S. 143) fungieren. So bildet sich nach Hirsch schließlich ein »neuer Typus von ›Sicherheitsstaat‹« heraus, der mit Ängsten und Bedrohungen arbeitet. Die entscheidende Bedrohung der Demokratie geht jedoch von einer »historisch neuen Form von Totalitarismus« aus, »die ... in den Strukturen der ›Zivilgesellschaft‹ wurzelt« (S. 161). Die gesellschaftliche Realität erlangt hier den Status alternativer Unabänderlichkeit – die Geschichte ist vermeintlich zu Ende.

Dagegen argumentiert der Autor mit einer nicht unproblematischen Wendung. Obwohl er bei der konkreten Gestaltung nationaler kapitalistischer Gesellschaften stets auf die relativ großen Handlungsspielräume der verschiedenen ökonomischen, politischen und sozialen Akteure verweist, bleibt bei Hirsch die Ableitung wesentlicher Merkmale der Entwicklungsphasen des Kapitalismus strukturalistisch dominiert. Auch wenn die Ergebnisse des Akteurshandelns nicht mit letzter Sicherheit determiniert sind, unterliegen sie, »sobald das kapitalistische Produktionsverhältnis einmal herrscht, strukturellen Zwängen..., die nicht ohne weiteres durchbrochen werden können« (S. 43f.). Angesichts des damit von Hirsch konstatierten »Objektivitätsüberhangs« (Ch. Scheerer) verwundert es dann doch einigermaßen, daß ausgerechnet die aktuelle Verstärkung der Globalisierungstendenz nicht als »Ausdruck der unverrückbaren ›Logik‹ des Kapitals anzusehen« sei, »sondern ein ökonomisch-politisches Projekt darstellen« (S. 9; vgl. auch S. 94) soll. Warum diese, die Stringenz der Argumentation merklich beschädigende Wendung vollzogen werden muß, wird schließlich im letzten Abschnitt des Buches deutlich. Hier geht es Hirsch um Alternativen zur kapitalistischen Produktions- und Vergesellschaftungsweise, die sich immanent krisenhaft entwickelt und die »ein globales Katastrophenprogramm beinhaltet« (S. 183).

Indem der neue Globalisierungsschub – trotz aller anerkannten »strukturellen Zwänge« – zu einem »ökonomisch-politisches Projekt« erklärt wird (S. 9), wird er politisch bearbeitbar. Er wird den Akteuren selbst als gestaltbar zugänglich. Allein es mangelt nach dem Scheitern sowohl der kommunistisch-

revolutionären als auch der sozialdemokratisch-reformistischen Arbeiterbewegung an einem erfolgversprechenden Politikkonzept. Wenn – wofür zumindest auf der Ebene alltäglicher Erfahrungen einiges spricht – die Vermutung des Autors geteilt wird, daß es heute mehr den je fraglich ist, ob die globalen Probleme auf kapitalistischer Grundlage überhaupt bewältigt werden können, dann stellt sich mit allem Nachdruck die Frage nach einer neuen »emanzipativen Politik«, die »sich den kapitalistischen sozialen Formen bewußt entgegenstellt und sie durchbricht« (S. 31). Ein derartiger »radikaler Reformismus« steht allerdings vor zwei kolossalen Problemen.

*Erstens* ist nicht weniger gefordert, als daß sich die Alternative innerhalb der Verhältnisse entwickeln müßte, die sie überwinden will. D.h. sie bräuchte einen von den bestehenden Institutionen gesonderten Entfaltungsraum – Raum für Gegengesellschaft innerhalb des übermächtigen »Systems«.

*Zweitens* kann diese »Kulturrevolution« (S. 189) nur erreicht werden, wenn sie eine neue Logik schafft, die die »Veränderung der Arbeits- und Lebensformen, der Konsumstile und Wertmuster, die auch materielle Opfer und den Bruch mit herkömmlichen materiellen und kulturellen Orientierungen einschließt« (S. 197), für die gesellschaftlichen Akteure rational und attraktiv macht.

Aber gerade bei der heiklen ›Subjektfrage‹ muß Hirsch passen, weil nicht plausibel gemacht werden kann, wie eine solche neue Verhaltenslogik gegen die Macht der etablierten Verhältnisse aussehen und vor allem durchgesetzt werden soll. Was bleibt, ist das Abgrasen aller nur denkbaren alternativen Politikansätze – Nichtregierungsorganisationen, neue Systeme demokratischer Entscheidungsrechte und -prozeduren, neue ›checks and balances‹, Umbau des politischen Systems usw. usf. Es ist sicherlich ein Verdienst von Hirsch, daß er zu den meisten dieser Bereiche sehr Anregendes entwickelt und die Debatte nach vorn zu bringen vermag, aber ohne die Akteure zu Umsetzungen all dessen näher bestimmen zu können, wirkt vieles einfach konstruiert und steril – um nicht zu sagen leblos.

Das vorliegende Buch von Joachim Hirsch, das sich in seiner gegenständlichen Daseins-



form als außerordentlich labil herausstellte und bereits nach dem ersten Durchblättern in seine Einzelseiten zu zerfallen begann, erweist sich inhaltlich doch von erheblich größerer Konsistenz und Belastbarkeit. Es ist vor allem aus zwei Gründen lesenswert: einmal, weil es der bisher ökonomie- bzw. »standortlastigen« Debatte um neuere Entwicklungen des Kapitalismus eine explizit politische Sicht entgegenstellt, und zum anderen, weil es inmitten der scheinbar übermächtigen Fixierung auf die vermeintliche Unabänderlichkeit des status quo argumentativ wohl begründet an der Notwendigkeit einer sozialistischen Utopie jenseits des »globalen Katastrophenprogramms« Kapitalismus festhält.

ARNDT HOPFMANN

Mieczyslaw F. Rakowski:

Es begann in Polen.

Der Anfang vom

Ende des Ostblocks,

Hoffmann und Campe

Hamburg 1995, 415 S.

Diese bereits 1991 in Polen erschienenen und in diesem Blatt sogleich angezeigten Erinnerungen sind weder Beichte noch Manifest. Sie versuchen eine Antwort auf die Frage »Wie es dazu gekommen ist« (dies der polnische Originaltitel), daß die Gesellschaftsordnung, die Polen ein knappes halbes Jahrhundert geprägt hat, letztlich von der historischen Bühne abtrat.

Geleitet von der Idee sozialer Gerechtigkeit, engagierte sich MFR wie Hundertausende seiner Landsleute, er zuerst als Soldat, seit den fünfziger Jahren als Journalist und schließlich als führender Politiker für ein System, in dem Menschen von ihrer Hände Arbeit leben konnten, ohne vor Großgrundbesitzern und Kapitalisten den Nacken beugen zu müssen. Wer das vergesse oder, schlimmer noch, diejenigen mit Verachtung strafe, die an die Möglichkeit glaubten, eine neue, eine bessere Welt errichten zu können, sind in Rakowskis Augen »einfach intellektuelle Zwerge« (S. 10ff., 156).

MFR bietet keine ausführliche Geschichte. Er skizziert Hauptentwicklungslinien politischer Auseinandersetzungen im Inneren des

Landes und in der Außenpolitik der achtziger Jahre. Die Darstellung Rakowskis verdeutlicht sowohl Gemeinsamkeiten in der politischen Endrunde der staatssozialistischen Staaten Europas, als auch wesentliche Unterschiede. Das bezieht sich sowohl auf die unterschiedliche Fähigkeit, die Situation zu beurteilen, als auch auf die Wege, der immer deutlicher spürbaren Krise innerhalb der jeweiligen Staaten und der Beziehungen untereinander zu begegnen. In Polen wurde das meiste viel früher spruchreif als in den Partnerstaaten. Das betrifft den Führungsstil der Partei, die Beziehungen der PVAP zur Kirche, zur »Solidarnosc«, zur UdSSR, und anderen Staaten. Mitte 1987 legte MFR an Hand seiner Erfahrungen seiner Partei eine politische Zustandsanalyse vor. In ihr kam er zum Schluß, daß das sozialistische System sich an einem historischen Wendepunkt befinde. Entweder werde es die notwendige Kreativität, Mut und Ideenreichtum aufbringen und sich von unbrauchbar gewordenen Begriffen lösen oder es sei zu Siechtum verurteilt. Sollten die nötigen Lebenskräfte fehlen, sei anzunehmen, daß die weitere Entwicklung dieses Systems sich unter Unruhen und revolutionären Stürmen abspielen werde. Veränderungen seien vor allem nicht nur im Wirtschaftsbereich sondern in den politischen Strukturen des Systems erforderlich. Rakowski vermittelt Erfahrungen bei der Lösung von ihm vorhergesehener Konflikte.

Die Veränderungen im Polen der neunziger Jahre, mit deren Darstellung Rakowski schließt, haben bei allen Unterschieden viele Ähnlichkeiten mit historischen Erfahrungen früherer DDR-Bürger (S. 378ff.). Nach Rakowski hat die angebetete Macht des Marktes wenig gerichtet und vieles hingerichtet, die Arroganz der Macht sucht wiederum ihresgleichen, »Solidarnosc« ist in wenigen Jahren zerfallen, fundamentalistische Kleriker und deren Politiker bieten der verblüfften Öffentlichkeit immer neue Beispiele von Dummheit und politischer Ignoranz. Die jetzigen politischen Auseinandersetzungen sind weitaus aggressiver als in den Jahren 1980/81. Militanter Antikommunismus, Antisemitismus und Faschismus zeigen sich unverhüllt. Die Volksrepublik wird als »Judenkommune« angepöbelt. In dieser Zeit erneuter Zuspitzung der Auseinandersetzungen wird Polens Präsi-

dent gewählt werden. Für Rakowski, dies der Schlußsatz der deutschsprachigen Ausgabe, der man stellenweise eine kenntnisreichere Übersetzung gewünscht hätte, »unsere politische Reifeprüfung«.

GERD KAISER

Wolfgang Kießling:  
Partner im »Narrenparadies«.  
Der Freundeskreis um  
Noel Field und Paul Merker,  
Dietz Verlag Berlin 1994  
348 S. (38,— DM)

Wenn man in Basisorganisationen der PDS zu Gast ist, um über das Thema »Stalinismus« oder – schlimmer noch – »Die SED und der Stalinismus« zu sprechen, schlägt einem aus den Reihen der Aufbau-Generation oft Unverständnis, mitunter auch unverhohlener Haß entgegen: So sei das alles gar nicht gewesen, man habe doch schließlich hart gearbeitet und es nicht nötig, sich das alles anzuhören. Es wäre besser, wenn der Referent zur CDU ginge, um dort gegen den Sozialismus zu hetzen etc. etc. – All diese (Zeit-)Genossen seien vor dem hier anzuzeigenden Band gewarnt, handelt dieser doch nicht nur vom Stalinismus schlechthin, sondern von einer seiner Seiten, durch die er sich von allen anderen Regimes dieses Jahrhunderts unterscheidet: vom Terror gegen die eigene Gefolgschaft – oder, um es mit den unübertrefflichen Worten des »treuesten Schülers des Genossen Stalin«, Mátyás Rákosi, zu sagen: »Im Westen schlägt man doch auch, die Franzosen schlagen und auch andere. Natürlich gibt es einen Unterschied, denn die Horthy-Leute haben ebenso wie die im Westen ihre eigenen Leute ... nicht ins Gefängnis gesperrt.« (Siehe vorliegendes Heft, S. 41.)

Der Autor dieses (Sammel-)Bandes, Wolfgang Kießling, wurde vor über zwanzig Jahren quasi über Nacht einem größeren Publikum bekannt: durch »Alemania Libre in Mexiko« (2 Bände, 1974), ein Werk, in dem er unter anderem versuchte, Paul Merker die Ehre wiederzugeben. – Eine offizielle Rehabilitierung dieses SED-Politbüro-Mitgliedes – während des Krieges Kopf des kommunistischen Exils in Mexiko und Vertrauter von Heinrich Mann – eines Kommunisten, den Ulbricht, Matern und

deren Mittäter 1952 ins Zuchthaus gebracht hatten (nachdem durch sie bzw. durch ihre tätige Mithilfe zuvor schon eine ganze Reihe anderer Kommunisten in den Tod getrieben worden war), ist auch unter Honecker nicht erfolgt – das blieb der PDS-Führung vorbehalten.

Kießling, zu dem Paul Merker (1894 -1969) in seinen letzten Lebensjahren, aber auch andere Überlebende der Verfolgungen der fünfziger Jahre Vertrauen gefaßt hatten, ist durch die Zeitumstände selbst zur Quelle geworden, da er das meiste, das ihm seine Gesprächspartner anvertrauten, wenn überhaupt, dann oft nur stichpunktartig notierte – anfangs um sich und seine Partner zu schützen, später, weil er auch da nicht davon ausgehen konnte, daß er die Aussagen öffentlich würde verwenden können.

Doch an keiner Stelle werden Kießlings Darlegungen zu unüberprüfbar »Erinnerungen«; immer sucht er sie, durch schriftliche Quellen zu prüfen und zu belegen. Und er kann fast alles überprüfen – nicht zuletzt durch die Berichte eines Spitzels, den das MfS Merker für mehrere Monate in die Zelle gelegt hatte. Dieser Teil des Bandes hat – neben den ganz wichtigen, hier leider nicht näher beschreibbaren Darlegungen zu Noel Field – den höchsten Neuigkeitswert, während andere Abschnitte – z.T. überarbeitete – Nachdrucke aus dem »Neuen Deutschland« und Zeitschriften (u.a. aus der vorliegenden) sind.

Was allerdings kein Archiv herzugeben vermag, ist Merkers Antrieb, nicht – wie viele andere – zu »gestehen«. Darüber konnte nur Merker selbst Auskunft geben, und er tat es – gegenüber Kießling: Die Todesurteile von Prag wenige Tage vor seiner endgültigen Verhaftung – »ausgeschaltet« war er ja schon seit über zwei Jahren – zeigten ihm, daß »Geständnisse« keine Rettung bringen, sondern, im Gegenteil, den »Geständigen« in einen »Herd« und seine gesamte Umgebung in »Infizierte«, d.h. in weitere Opfer der Staatsterroristen, verwandeln. Die Gemordeten von Prag entmutigten Paul Merker – anders als Ulbricht gehofft hatte – nicht; sie gaben ihm die Kraft, in seinen Peinigungern nicht »irrende Genossen«, sondern den eigentlichen Feind, d.h. Verbrecher, zu erkennen – etwas, was die meisten Opfer zwischen 1936 und 1953 meist erst vermochten, nachdem sie schon andere in den Strudel gerissen hatten.

JÖRN SCHÜTRUMPF